Über gesellschaftliche Verrohung und die etablierte ökonomische Theorie
Ein Interview mit dem Volkswirt und Wirtschaftsethiker **Sebastian Thieme** über Fragen nach der Entsolidarisierung der Gesellschaft etwa durch die Hartz-Reformen, nach dem Menschenbild hinter den vorherrschenden ökonomischen Lehren, nach der Ökonomisierung der Gesellschaft und der ethischen Verantwortung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Das Interview für die NachDenkSeiten führte **Jens Wernicke**.

Herr Thieme, Sie arbeiten seit Längerem über das Thema der sogenannten „rohen Bürgerlichkeit“. Um was genau handelt es sich bei diesem Phänomen – und in welchem Zusammenhang steht es mit Prekarisierung, Hartz IV etc.?

Der Bielefelder Sozialforscher Wilhelm Heitmeyer hat den Begriff „rohe Bürgerlichkeit“ verwendet, um zum Ausdruck zu bringen, dass sich unsere Gesellschaft zunehmend entsolidarisiert. Vor allem die „Eliten“ meinen, sie würden bereits viel zu viel für die Gesellschaft tun, der Staat behandle sie ungerechtund dieSchwachen sollten sich gefälligst selber helfen.

Zur Wahrheit gehört aber ebenso, dass sich auch die unteren Gesellschaftsgruppen untereinander mehr und mehr entsolidarisieren. Die von Ihnen erwähnten Hartz-Reformen lassen sich dabei als Instrument einer institutionalisierten Entsolidarisierung bezeichnen. Der Staat bzw. die Gesellschaft konfrontieren die Bedürftigenständig mit dem Vorwurf des Sozialmissbrauchs und stellen die Solidarität unter den umfassenden Vorbehalt einer „Unbedenklichkeitsprüfung“. Dazu gehört die obligatorische Prüfung der Bedürftigkeit, die von vielen Betroffenen in ihrer Praxis bereits als entwürdigend empfunden wird. Aber auch die Vorladungen in Jobcenter, die Residenz-, Ab- und Rückmeldepflichten sowie die sogenannten Einstellungsvereinbarungen zählen dazu. Diese Auflagen selbst sind bereits entsolidarisierend, d. h. die Solidarität steht unter dem Vorbehalt der Einhaltung dieser Auflagen. In Ihnen zeigt sich das eben beschriebene Misstrauen gegenüber den Bedürftigen. Letztlich sollen diese Maßnahmen allesamt disziplinierend bzw. erzieherisch wirken. Das wiederum geht offenbar mit einer Haltung einher, wonach „Bedürftige“ oft gar keine Hilfe benötigen, sich selbst helfen könnten – ihnen damit aber ebenso oft unterstellt wird, sich lieber helfen lassen zu wollen, weil das bequemer ist – und schlussendlich gar nicht so viel Solidarität nötig wäre.

Aber auch der Umstand, dass derartige „Reformen“ überhaupt möglich waren, zeugt bereits von einem Klima der Entsolidarisierung. Hinzu tritt, dass die Notwendigkeit solcher „Reformen“ mit negativen Menschenbildern begründet wurde und bis heute noch wird. Denken Sie nur an solche Aussprüche wie „Nur wer arbeitet, soll auch essen“. Oder an Ex-Kanzler Schröder, der damals im Bundestag meinte, dass in Deutschland kein Platz für

Faulheit sei. Sein damaliger Superminister Clemens malte dann überdeutlich das Gespenst des Sozialmissbrauchs an die Wand und setzte dem Ganzen noch die Krone auf, indem er die Bezieher von Sozialtransfers mit „Parasiten“ verglich. Wortwörtlich hieß es auf Seite 10 des damaligen Reports des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit „Vorrang für die Anständigen – Gegen Missbrauch, ‚Abzocke‘ und Selbstbedienung im Sozialstaat“ [PDF – 183 KB]:

> *„Biologen verwenden für ‚Organismen, die zeitweise oder dauerhaft zur Befriedigung ihrer Nahrungsbedingungen auf Kosten anderer Lebewesen – ihren Wirten – leben‘, übereinstimmend die Bezeichnung ‚Parasiten‘. Natürlich ist es völlig unstatthaft, Begriffe aus dem Tierreich auf Menschen zu übertragen. Schließlich ist Sozialbetrug nicht durch die Natur bestimmt, sondern vom Willen des Einzelnen gesteuert.“*

Denken Sie auch an das überaus populäre Bild von Beziehern von Sozialtransfers, die – im Jargon von Oswald Metzger – das Geld lieber in Alkoholika und Kohlehydrateinvestieren würden als bspw. für die Bildung ihrer Kinder. Solche zynischen Sprüche charakterisieren den Wirkungsbereich der „rohen Bürgerlichkeit“.Letztlich geht es um Stigmatisierung, Abwertung und Menschenfeindlichkeit – und zwar, zumindest in diesen Beispielen, „von oben herab“, d. h. dass gut situierte Personen der Öffentlichkeit stigmatisierten und abwerteten.

Die prekären Lebensbedingungen im Niedriglohnbereich und in der Zeitarbeit spielen jedoch ebenso eine Rolle. Nur werden dort die Bedürftigen eben gegeneinander ausgespielt. Niedriglöhner werfen dann z. B. den Beziehern des Arbeitslosengeldes II Faulheit vor usw. usf. Innerhalb von Unternehmen wirkt zudem zunehmend die Spaltung zwischen Stammbelegschaft und Leiharbeitern: Die „Privilegien“ der unbefristeten Normalarbeit werden dann – anstatt sich etwa für gute und sichere Arbeitsbedingungen für alle einzusetzen – gegen die „Fremden“ verteidigt, indem diese abgewertet und ausgegrenzt werden. Die prekäre Situation scheint die Betroffenen so sehr mit dem Rücken an die Wand zu stellen, dass sie für die prekäre Situation der anderen schließlich immer weniger empfänglich werden. Um sich vom Rand abzugrenzen wird nach Sündenböcken oder Gegnern gesucht. Dort, wo Solidarität geübt werden müsste, herrschen dann eher Misstrauen, Konkurrenz und Angst.

Einige aktuelle Forschungen lassen sogar einen allgemeinen Empathierückgang in unserer Gesellschaft vermuten. Diese Beobachtungen gehen dabei über das hinaus, was die

soziologische Studie „Die Arbeitslosen von Marienthal“ bereits in den 1930er Jahren ergab. Dass nämlich die sozio-psychologischen Wirkungen von Langzeitarbeitslosigkeit nicht – wie vielfach angenommen – zu Revolte, sondern vielmehr zu passiver Resignation führen.

3sat-Dokumentation: „Die Arbeitslosen von Marienthal“

Verstehe ich das richtig: Umso mehr sich Armut und Unsicherheit ausbreiten, umso mehr neigen die Menschen zu Entsolidarisierung und Ausgrenzung, rationalisieren diese Haltung dann aber, um ihr eigenes Verhalten als „anständig“ verstehen und bewerten zu können?

„Anständig“ trifft es nicht ganz. Mit „vernünftig“ oder „ökonomisch vernünftig“ scheint mir das besser umschrieben zu sein. Und ja, eine Tendenz zur Entsolidarisierung, Ausgrenzung und zur rational-ökonomischen Denkhaltung in den unteren Etagen der Gesellschaft legen entsprechende Studien nahe.

Zeitgleich zu einer Bündelung des Reichtums in immer weniger privaten Händen und einer Zunahme gesellschaftlicher Armut ist also zu konstatieren, dass die Not der Ärmeren zunimmt, diese aber in aller Regel auf die „Erklärungsmuster von oben“, die ihnen ihren Nächsten als Konkurrenten und Gefahr andienen, hören und überdies aufgrund der Zunahme von Stress und Angst im eigenen Leben auch immer weniger, lassen Sie es mich so sagen, „Ressourcen zur Empathie für andere“ aufzubringen vermögen?

So in etwa, ja. Der Stress und die Angst, die Sie ansprechen, beide sind Elemente der Konkurrenz, der Rivalität mit den Mitmenschen. Je stärker der Wettbewerb, desto stärker der Stress und die Ängste.

Unter diesem Wettbewerbsdruck ist für Empathie kein Platz mehr. Wir könnten auch sagen: Unter Wettbewerbsbedingungen, in der jeder Mensch mit seinen Mitmenschen konkurriert, wird Empathie „wertlos“ oder „sinnlos“. Ressourcen werden dann nicht für Empathie aufgebracht, sondern dafür, in diesem Wettbewerb zu „überleben“. Damit haben die Betroffenen ohnehin genug zu tun. Das mag im ersten Moment etwas pathetisch klingen, aber denken Sie einfach an jene prekär Beschäftigten, die am Rande ihrer physischen und psychischen Existenz agieren. Außerdem steigt die allgemeine Armutsbedrohung der Menschen laut Statistischem Bundesamt seit Jahren an: 2005 waren 12,2 Prozent der Bevölkerung von Armut gefährdet; 2011 waren es bereits 16,1 Prozent, das heißt jeder sechste Bürger im Land. Den Betroffenen bleibt da sicher nicht viel Muße, um sich um

andere zu kümmern. Wer mag ihnen das in dieser Situation vorwerfen?

Ich möchte Ihnen gleich ein paar Fragen zur ökonomischen Theorie stellen. Lassen Sie mich aber vorher noch auf einen Sachverhalt kommen, dessen Klärung für die Diskussion hilfreich sein kann: Sie sprechen in Ihrem Buch und ihren Beiträgen von ökonomischen Theorien. Doch in der Debatte um die Wirtschaftswissenschaften wird häufig von der ökonomischen Theorie gesprochen, ganz so, als ob es nur eine Theorie gäbe. Könnten Sie das kurz erklären?

Das liegt an der begrifflichen Unschärfe. Wenn „die“ ökonomische Theorie kritisiert wird, dann lässt sich das in aller Regel als die Kritik an der vorherrschenden ökonomischen Lehre bzw. am ökonomischen „Mainstream“ übersetzen. Dies umfasst nicht eine einzige Theorie, sondern steht allgemein für Ansätze, Ideen und wissenschaftliche Verfahren, die durch Lehrstühle vertreten und fester Bestandteil der Lehrbücher sind, die in Fachzeitschriften diskutiert werden und die sich auch der Förderung durch Stiftungen bzw. der Deutschen Forschungsgesellschaft (DFG) erfreuen können. Alle ökonomische Wissenschaft abseits dieser „vorherrschenden Lehre“ wird in der Diskussion als „heterodox“, „post-autistisch“, „alternativ“ oder „kritisch“ bezeichnet.

Die Wirtschaftswissenschaften sind also insgesamt nicht einheitlich, sondern werden für gewöhnlich in sogenannte „Schulen“ unterschieden, die wiederum ganz eigene Theorien bzw. Ansätze vertreten. Beispielhaft seien Marx und Keynes genannt, mit denen die breitere Öffentlichkeit vielleicht noch etwas anfangen kann. Neo-Ricardianer, Evolutionsökonomen, Alt-Institutionalisten, Wirtschaftsstilforschung usw. sind sicher viel weniger bekannt, stellen aber ebenfalls „Schulen“ dar.

Allerdings ist auch zu beachten, dass selbst diese „Schulen“ selbst nicht einheitlich auftreten müssen. Friedrun Quaas von der Universität Leipzig hat das kürzlich sehr anschaulich für die „erste Generation“ der Österreichischen Schule gezeigt.

Trotz Ihres letzten Einwandes scheint die Unterscheidung nach ökonomischen Schulen durchaus populär. Wie sieht es mit der „Neoklassik“ aus? Der ökonomische Mainstream wird doch häufig als „neoklassisch“ bezeichnet, oder nicht?

Das stimmt. Viele Kritikerinnen und Kritiker des Mainstreams behaupten, diese vorherrschende Lehre wäre „neoklassisch“. Doch aus der ideengeschichtlichen Perspektive ist der Begriff „Neoklassik“ für eine Strömung reserviert, die am Ende des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts existierte.

Sicherlich hat sie die Wirtschaftswissenschaften insgesamt geprägt. Die heute oftmals kritisierte Mathematisierung der Ökonomik wurde maßgeblich von dieser Strömung vorangetrieben. Außerdem zählen neoklassische Modelle noch immer zum Standard der ökonomischen Lehrbücher. Auch die Politik greift gerne auf die Modelle zurück. Wenn es z. B. um die Ablehnung eines Mindestlohnes oder der Erhöhung von Sozialtransfers geht, dann steht dort das neoklassische Modell des Arbeitsmarktangebotes Pate.

Aber seit dem beginnenden 20. Jahrhundert hat sich in der Ökonomik viel getan. Nehmen Sie z. B. die neoklassische Annahme vollständiger Informationen. Die heutigen Ansätze gehen in aller Regel von unvollständigen und ungleich verteilten Informationen aus. Und dort, wo einstmals vollständige Rationalität unterstellt wurde, wird heute mit „bedingter" Rationalität gearbeitet. Selbst Kritikerinnen und Kritiker des ökonomischen Mainstreams kommen deshalb nicht umhin, neben der Neoklassik noch andere Strömungen aufzuzählen, die zum Mainstream gehören sollen, z. B. die Neue Institutionenökonomik oder die Verhaltensökonomik. Von der vermeintlichen Dominanz der „Neoklassik" bleibt dann aber nicht mehr viel übrig.

Was ist dann aber der „Mainstream" oder „vorherrschende Lehre"?

Das ist eine gute Frage, über die meine Linzer Kollegin Katrin Hirte und ich uns innerhalb eines Projektes [PDF – 735 KB], das von der Hans-Böckler-Stiftung gefördert wird, auch den Kopf zerbrochen haben. Ich selbst tendiere dazu, unter „Mainstream" ein Sammelsurium von sich zum Teil sogar widersprechenden Theorien, Ansätzen, Forschungsthemen und wissenschaftlichen Verfahren zu verstehen, die in der universitären Lehre vertreten, bevorzugt gefördert und publiziert werden. In der Summe geht es also nicht um „die eine" Theorie oder „den einen" Ansatz, sondern um einen ganzen Strauß an Ideen, die nach außen hin auch häufig den Anschein einer recht vielfältigen Ökonomik erwecken. Diese Scheinvielfalt zu erörtern würde hier aber den Raum sprengen. Lassen Sie es mich so zusammenfassen: Gemeinsam ist diesen Strömungen, dass sie deduktiv vorgehen, sich auf mathematisch-formale Verfahren und Modellierungen konzentrieren, den sogenannten „methodologischen Individualismus" zugrunde legen (d. h. ökonomische Vorgänge nur vom Handeln der Einzelnen aus betrachten bzw. auf den Einzelnen „rückrechnen") und einen gewissen Dogmatismus an den Tag legen.

In Ihrem soeben erschienenen Buch gehen Sie auch der Frage nach, inwiefern die (vorherrschende) Ökonomik ganz grundlegend auf einem negativen Menschenbild fußt und somit Gesellschaft mehr oder minder auch nur als Summe sich bekämpfender Individuen zuerst einmal zu denken und dann aufgrund eben dieser theoretischen Prämissen auch ebenso zu gestalten vermag. Was haben Sie

untersucht und zu welchen Schlüssen kamen Sie dabei?

Zunächst, das von Ihnen angesprochene Menschenbild ist eines der Elemente innerhalb ökonomischer Theorien, das gegen die menschliche Integrität, Würde und Gleichwertigkeit verstößt. In dem Zusammenhang spreche ich auch von ökonomischer Menschenfeindlichkeit bzw. Misanthropie.

Jedenfalls lässt sich unter Wirtschaftswissenschaftlern/innen immer wieder eine persönliche Haltung beobachten, die das von Ihnen angesprochene negative Menschenbild durchblicken lässt. So wurden Bettler und ärmere Schichten praktisch seit jeher als unproduktiver Ballast der Gesellschaft betrachtet respektive konstruiert.

Die Einstellungen „älterer" Ökonomen wie etwa Joseph Townsend oder Robert Malthus sind dabei gar nicht weit von jenen Haltungen entfernt, mit denen sich heutzutage Wissenschaftler wie Gunnar Heinsohn oder Thilo Sarrazin in den Medien präsentieren.

Worauf ich deshalb mit den Beispielen in meinem Buch hinweisen wollte, war, dass es genügend Anlass dazu gibt und es notwendig ist, der Frage nachzugehen, inwiefern sich solche Haltungen und Stereotype auch in ökonomischen Theorien niederschlagen. Diese Frage war im Buch zwar nicht abschließend zu klären, aber viele Beispiele deuten darauf hin, dass die Aussagen von Ökonomen weit weniger „wertfrei" oder „neutral" sind, als sie das von ihrer Wissenschaft in der Regel behaupten. Aber wie gesagt, das muss noch eingehender untersucht werden.

Das negative Menschenbild ist nur ein Aspekt von dem, was Sie in Ihrem Buch als ökonomische Menschenfeindlichkeit bzw. Misanthropie bezeichnen. Welche anderen Elemente stellen – wie Sie schreiben – die Würde, Integrität und Gleichwertigkeit von Menschen infrage?

Nehmen Sie z. B. die Idee des Wettbewerbs. Dieser produziert immer Gewinner und Verlierer. Dadurch entstehen aber immer auch Ungleichheiten, die auch noch bewertet werden. Anders formuliert: Wettbewerb produziert Ungleichwertigkeiten. Denn die „Sieger" oder „Gewinner" sind „mehr wert", „erfolgreicher", „produktiver" usw. als jene, die den Wettbewerb verloren haben. Über diese Ungleichwertigkeiten wird in der Ökonomik aber kaum nachgedacht. Dabei zielt das auf ganz zentrale wirtschaftsethische Fragen ab: Wie viel Wettbewerb wollen wir uns zumuten? Wo wollen wir Wettbewerb zulassen? Wo ist er unzumutbar?

Ein anderes Beispiel ist die Prinzipal-Agenten-Theorie, die ungleich verteilte Informationen

unterstellt und davon ausgeht, dass Menschen ständig ihre Mitmenschen übers Ohr hauen. Damit zwingt diese Theorie den menschlichen Beziehungen ein „rationales“ Misstrauen auf. Das finden Sie dann z. B. im Hartz-IV-Regime umgesetzt, wo faktisch ein chronisches Misstrauen gegenüber den Bedürftigen besteht. Am Beispiel Hartz-IV zeigt sich vor allem, wie durch dieses institutionalisierte Misstrauen die Menschenwürde und Integrität der Betroffenen (ihre Selbstbestimmung) immer wieder in Zweifel gezogen wird.

Fragwürdig ist ebenso das Modell des neoklassischen Arbeitsmarktangebotes, das den Erwerbslosen unterstellt, freiwillig in die Erwerbslosigkeit zu gehen und es sich in der sozialen Hängematte bequem zu machen. Die „Wirtschaftsweisen“ verwendeten noch 2010 dieses einfachste Modell, um gegen eine Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze zu argumentieren. Zu bedenken ist dabei, dass diese Regelsätze das soziokulturelle Existenzminimum abdecken sollen und eine Erhöhung praktisch diesem Ziel dienen soll – eine Erhöhung der Regelsätze dient dazu, die Sozialtransfers an höhere Preise usw. (z. B. durch Inflation) anzupassen und dadurch das soziokulturelle Existenzminimum an die Entwicklung anzupassen. Bei den erwähnten Vorschlägen der „Wirtschaftsweisen“ ging es aber vor allem um die ökonomische Anreizwirkung der Regelsätze. Die Regelsatzhöhe wurde unter den Blickwinkel der ökonomischen Anreizwirkung gestellt und diente offenbar nicht mehr der Gewährleistung des Existenzminimums, also der Achtung der Menschenwürde.

Es lassen sich also eine Reihe von Hinweisen zusammentragen, die belegen, dass die derzeit vorherrschende Ökonomik auf recht grundlegende Art und Weise menschenfeindliche Züge trägt. Zudem ist zu berücksichtigen, dass die in der Ökonomik verwendeten abstrakten mathematischen Gleichungen, die Graphen oder die Spieltheorie auch noch dafür sorgen können, dass derlei negative Effekte aus dem Blick geraten können.

Prof. Wilhelm Heitmeyer zum Thema “Gruppenbezogende Menschenfeindlichkeit”.

In Ihrem Buch widmen Sie aber auch ein Kapitel dem Thema „Ökonomik und Ethik“, wo Sie deutlich aufzeigen, dass beides – Ökonomik und Ethik – kein Widerspruch sein muss und in der Ökonomik auch Ansätze existieren, wie sich diese Elemente der Menschenfeindlichkeit auffangen oder eingrenzen ließen. Können Sie kurz erläutern, an welche Sie da im Speziellen denken?

In erster Linie an Adam Smith, der in seiner „Theory of Moral Sentiments“ das Gefühl der „Sympathie“ beschrieb, also mit dem Mitmenschen „mitfühlen“ zu können. Das ist in etwa auch das, was die breitere Öffentlichkeit vom Kategorischen Imperativ Immanuel Kants her

kennt: „Handle nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, dass sie ein allgemeines Gesetz werde."

Stellen Sie sich also mal vor, wie Empfehlungen von Ökonomen zum Sozialstaat oder zum Arbeitsmarkt ausfallen würden, wenn sie sich in redlicher Weise tatsächlich darum bemühen, nur Empfehlungen zu geben, die sie auch gegen sich selbst gelten lassen würden.

Ähnliche Aspekte finden sich bei Johann Heinrich von Thünens Lohnfrage am Rande seines „isolierten Staates" von 1850. Dort standen sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf Augenhöhe gegenüber und verhandelten den Arbeitslohn mit Blick auf die Bedürfnisse der Arbeitskräfte und in freier Selbstbestimmung.

Einen neueren Ansatz bietet die Integrative Wirtschaftsethik nach Peter Ulrich. Auch dort wird gefordert, anderen nur solche Regeln, Gesetze etc. zu empfehlen, die jemand auch bezogen auf sich selbst als zumutbar empfindet. Zu beachten ist außerdem, dass das eigene Handeln bzw. das empfohlene Handeln von Dritten als unzumutbar empfunden werden kann. Letztlich wird auch ein zumutbares Maß an Mitverantwortung für Effekte gefordert, die nicht beabsichtigt waren, aber andere beeinträchtigen – das spielt vor allem mit Blick auf Dinge wie Umweltverschmutzung eine wichtige Rolle. Auch mit diesem Ansatz ließe es sich vermeiden, dass die Gleichwertigkeit, Integrität und Würde der Mitmenschen verletzt wird.

Lässt sich vor diesem Hintergrund nicht auch eine ethische Verantwortung seitens der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler einfordern?

Richtig, genau das ist der Punkt. Die etablierten Ökonominnen und Ökonomen von heute müssen sich deshalb den Vorwurf gefallen lassen, dass sie die wirtschaftsethischen Aspekte von Theorien häufig gar nicht erst thematisieren.

Ich spreche diesbezüglich bewusst von den etablierten Vertreterinnen und Vertretern unserer Zunft, da ich diesen Vorwurf nicht so einfach an die Studierenden weiterreichen möchte. Denn woher sollen diese die wirtschaftsethischen Überlegungen von Adam Smith usw. oder gar die Integrative Wirtschaftsethik kennen, wenn so etwas nicht gelehrt wird? Woher soll die Sensibilität für wirtschaftsethische Fragen kommen, wenn die Lehrer selbst keinerlei derartige Sensibilität an den Tag legen oder – im Gegenteil – sich gegen ethischen Fragen dadurch immunisieren, dass sie angeblich eine „wertfreie" Wirtschaftswissenschaft vermitteln?

Das klingt ähnlich dem, was der amerikanische Ökonomen Philip Mirowski am

Anfang dieses Jahres mit Blick auf die ökonomische Theoriegeschichte äußerte: Die ökonomische Ideengeschichte wäre praktisch aus den Universitäten vertrieben worden. Wie sehen Sie das?

Genau so, denn es deckt sich auch mit meiner Beobachtung. Die Fachexpertise, um sich über ideengeschichtliche Themen auszutauschen, hält sich in sehr überschaubaren Grenzen. Es existieren nicht viele Lehrstühle, die ökonomische Ideen- oder Theoriegeschichte praktizieren. Und wenn junge Wissenschaftler/innen selbst einmal ideengeschichtlich forschen wollen, sind sie damit konfrontiert, dass behauptet wird, diese Forschung würde keinen Erkenntnisgewinn bringen. Im Grunde müssen sie sich sogar fast schon dafür rechtfertigen, wenn sie mal keine Formeln produzieren und stattdessen so dreist sind, das Textverständnis ihrer Kolleginnen und Kollegen „unnötig“ zu strapazieren.

Das wirkt sich dann natürlich negativ auf die Möglichkeiten aus, innerhalb der Universitäten auch die wirtschaftsethischen Aspekte der ökonomischen Theorien zu vermitteln. Denn es existieren in der Ökonomik ja tatsächlich Ansätze, die die negativen Effekte der Theorien zumindest eindämmen könnten. Die Ökonomik muss also gar nicht menschenfeindlich sein! Das ist mir besonders wichtig, da ich nicht dahingehend missverstanden werden möchte, einseitig auf die Ökonomik einschlagen zu wollen.

Jedenfalls wäre es in dem Kontext notwendig, die Fächer Wirtschaftsethik und ökonomische Ideengeschichte als Pflichtfächer im Studium zu etablieren und entsprechende Lehrstühle einzurichten. Leider sind wir davon aber weit entfernt.

Lassen Sie mich noch einmal auf das negative Menschenbild zurückkommen. Würden Sie so weit gehen und sagen, dass sich dieses negativ-ökonomische Menschenbild immer weiter ausbreitet und aktuell gesellschaftliche Bereiche durchdringt, die bisher frei davon gewesen sind? Oder anders: Hat sich die neoliberale Wettbewerbsideologie auch auf nicht-ökonomische Bereiche ausgedehnt? Und wenn ja, dann wie und wo?

Sie zielen mit Ihrer Frage auf die sogenannte Ökonomisierung unserer Gesellschaft ab. Ich würde das nicht allein am Menschenbild festmachen wollen. Denken Sie z. B. an die Ökonomisierung im Hochschulbereich: Da geht es vor allem um die Quantifizierung, Bewertung und Verwertung von „Qualität“ (z. B. der Forschung), um schnellere und vermeintlich „effizientere“ Studienabläufe. Hochschul- und Forschungsrankings, Credit Points usw. sind die entsprechenden Schlagworte.

Aber ja, Sie finden das von Ihnen erwähnte negative Menschenbild in verschiedenen

Bereichen des Alltags. Denken Sie z. B. an diese Modekette „Hollister“, die ihren Mitarbeitern so sehr misstraute, dass sie ihren Toilettengang kontrollieren wollte. Durchsetzen konnte sich das Unternehmen zum Glück nicht. Aber allein das Vorhaben zeigt, wie das Management über die eigenen Angestellten denkt.

Ähnliches lässt sich auch im Bereich des Sozialstaates beobachten. Nehmen Sie bspw. die Forderung, Sachleistungen statt Geld an Hilfsbedürftige zu verteilen. Dort schwingt ja immer das Vorurteil mit, die Bedürftigen könnten mit dem Geld nicht umgehen und würden es für sonstwas ausgeben. Eine wertschätzende Beziehung auf Augenhöhe sähe anders aus!

Neben diesem Menschenbild können wir auch nicht die Augen davor verschließen, dass der Mensch ganz allgemein zunehmend unter dem Druck steht, sich „am Markt“ zu verwerten. Er muss ständig mobil, flexibel und erreichbar sein. Er steht immer in der Gefahr, als Kostenfaktor „minimiert“ also abgewertet und entwertet zu werden. Rein ökonomisch wird außerdem häufig argumentiert, dass jede Bildungsausgabe eine „Investition“ ins eigene „Humankapital“ darstellt. Die Appelle, in die Bildung und die eigene Bildung zu investieren, sind ja wohlbekannt.

Insofern befinden sich die Menschen von heute im Hamsterrad eines permanenten Optimierungsmodus und sie sind damit konfrontiert, immer häufiger ein ökonomisches Nutzenkalkül an den Tag zu legen. Aus Mangel an Alternativen ist dies mehr oder minder zugleich eine Überlebensnotwendigkeit.

Dieses Nützlichkeitsdenken unterminiert aber gleichzeitig unsere sozialen und ethischen Werte, da es diese Werte unter den Vorbehalt der ökonomischen Nützlichkeit stellt. Galt die Menschenwürde einstmals als unbedingtes Grundrecht, so droht sie, nur doch dort gewährt zu werden, wo sie „nützt“. Damit sind jene Werte, die als unbedingt gelten sollen, nicht mehr unbedingt, d. h. sie stehen nur noch einem Teil der Menschen zu – nämlich jenen, die wir als „nützlich“ empfinden. Analog dazu wird also Solidarität zunehmend nur noch dort praktiziert, wo es uns ökonomisch nützt bzw. wo sie sich „verwerten“ lässt.

Damit sind wir wieder am Anfang Ihrer Fragen. Meine These ist, dass in dem Maße, wie wir die Ökonomisierung unserer Lebensbereiche zulassen, sich dieses rational-kühle Menschenbild immer weiter ausbreitet und möglicherweise zunehmend an die Stelle anderer wichtiger gesellschaftlicher und humaner Werte tritt. Das bedeutet aber auch: Wir befinden uns in der Gefahr, immer weniger wie Menschen miteinander umzugehen.

Kann man darin eine Rückkehr des Sozialdarwinismus sehen? Oder lassen Sie es mich anders formulieren: Wird damit letztlich nicht das Recht der Stärkeren

forciert?

Ja, hinter der eben erwähnten Entwicklung steht spürbar die Idee des natürlichen Daseinskampfs, in dem nur die Stärksten überleben. In gewisser Weise ist das aber auch ein banaler Zusammenhang: Mehr Wettbewerb bedeutet eben mehr Konkurrenz, mehr Auslese und stellt damit eine Rechtfertigung für das Recht der Stärkeren dar.

Ob es sich bei dieser Tendenz um eine Rückkehr handelt, das bezweifle ich jedoch. Denn das würde voraussetzen, dass es einmal eine Zeit gegeben hat, in der dieses Verständnis von „Sozialdarwinismus“ nicht galt. Genau das glaube ich ehrlich gesagt nicht.

Aber Sie haben Recht, es lässt sich beobachten, dass trotz der Finanzkrisen der letzten Jahre das Gerede vom „Wettbewerb“ und der „Wettbewerbsfähigkeit“ die Oberhand gewonnen hat. Das impliziert das von Ihnen erwähnte „Recht der Stärkeren“. Die Frage, ob wir uns z. B. in Europa überhaupt den Stress einer Konkurrenz zwischen den nationalen „Standorten“ antun wollen, wie viel Konkurrenz wir als zuträglich und zumutbar erachten, auch mit Hinblick auf die Selbsterhaltungsfähigkeit anderer Euro-Länder, diese Probleme scheinen mir momentan hinter die Wettbewerbsphrasen zu treten. Fast unbemerkt wird damit auch die Frage nach einer Europäischen Solidarität oder – anders ausgedrückt – nach Europäischen Sozialstandards in den Hintergrund gedrängt.

Sehen Sie einen Ansatz, diesen Prozess rückgängig zu machen?

Das weiß ich ehrlich gesagt nicht. Sicherlich wäre dazu ein Mix an verschiedenen Maßnahmen notwendig, allen voran natürlich mit Blick auf die Bildung und Erziehung.

So könnte ein wichtiger Beitrag bereits darin bestehen, die ökonomische Lehre zu verändern. Lehrstühle für Wirtschaftsethik und ökonomische Theoriegeschichte zu etablieren, die sich vielleicht auch verstärkt interdisziplinär betätigen, das wäre z.B. eine Möglichkeit.

Wenn Sie mich nach konkreten Ansätzen innerhalb der ökonomischen Theorie fragen, dann wäre schon viel geholfen, wenn etablierte Ökonominnen und Ökonomen die erwähnte „Sympathy“ von Adam Smith oder die „Soziale Irenik“ – also die friedensstiftende Funktion etwa im Sinne von Alfred Müller-Armack – im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft beherzigen würden, bevor sie sich wieder zu Themen wie Arbeitslosengeld II, Sparmaßnahmen im Sozialstaat usw. äußern.

Vielen Dank für das Gespräch.

Dr. rer. pol. Sebastian Thieme, Jahrgang 1978, ist Volkswirt und derzeit Mitarbeiter am Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien an der Universität Hamburg. Er forscht zu Heterodoxie und Orthodoxie, Ökonomischer Misanthropie, Subsistenz(-ethik), Wirtschaftsethik, Wirtschaftsstilforschung und Ökonomischer Ideengeschichte.

Das Interview führte Jens Wernicke.